

## Italien

CARLO MASALA

Im März 1994 fand der Transformationsprozeß des italienischen Systems, der im April 1992 eingesetzt hatte, mit der Wahl eines Drei-Parteien-Bündnisses um den Medienmogul Silvio Berlusconi seinen vorläufigen Höhepunkt. Alle Zeichen deuteten darauf hin, daß die Transformation von der Ersten zur Zweiten Republik mit dem Wechsel von der Regierung Ciampi zur Regierung Berlusconi nun vollzogen worden war.

Silvio Berlusconi, der neue italienische Premier, betrat die politische Bühne erstmalig am 23. November 1993, als er anläßlich der Kommunalwahlen in Rom Gian Franco Fini, den Parteiführer der neofaschistischen MSI, in seinem Kampf um das Bürgermeisteramt der Tiberstadt, durch seinen Zuspruch unterstützte. Einen Tag später erläuterte Berlusconi der erstaunten italienischen Öffentlichkeit seine Pläne, selbst als Akteur auf die politische Bühne zu treten. In weniger als drei Monaten rief die „Forza Italia“-Bewegung Berlusconis im ganzen Land mehr als 1.330 politische Clubs ins Leben. Unterstützung erfuhren sie dabei von dem Firmenimperium Berlusconis. Da der „cavaliere“ besser als jeder andere italienische Politiker erkannt hatte, daß aufgrund des neuen Wahlgesetzes die Wahlen im März nur dann zu gewinnen sind, wenn man Bündnisse eingeht, schloß sich Berlusconi Forza Italia mit der Alleanza Nazionale (eine rechte Sammelbewegung unter der personellen und organisatorischen Hegemonie des MSI) und der Lega Nord zu einem Wahlbündnis zusammen<sup>1</sup>. Die Strategie war erfolgreich, denn am 27./28. März ging dieser Parteienzusammenschluß als eindeutiger Sieger aus den Parlamentswahlen hervor.

Vor allem, daß der als neofaschistisch etikettierte Alleanza Nazionale der Einzugs ins Parlament gelang, rief im europäischen Ausland heftigste, zum Teil auch erratisch anmutende Reaktionen hervor. Das Europäische Parlament (EP) nahm in einer Entschließung zu diesem Vorgang Stellung. Darin brachten die Europaparlamentarier ihre Sorge über eine mögliche Präsenz italienischer Neofaschisten in den Gremien der Europäischen Union zum Ausdruck. Sie verlangten, daß die Mitgliedstaaten der EU gegenüber dem Präsidenten der italienischen Republik deutlich machen sollten, daß die Regierung unter dem designierten Ministerpräsident Berlusconi an den demokratischen Grundwerten festhalten müsse, die ausschlaggebend für die Gründung der Europäischen Gemeinschaft gewesen seien. In Italien selber löste diese Entschließung einhellige Empörung aus, und Staatspräsident Scalfaro erteilte dem Straßburger Parlament eine eindeutige Absage, in welcher er sich eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des italieni-

schen Staates verbat<sup>2</sup>. Die Befürchtungen im europäischen Ausland, faschistische Minister könnten nun Schlüsselressorts im neuen Kabinett übernehmen, erwiesen sich als unbegründet. Von den fünf Ministern, die die Alleanza Nazionale stellte, waren nur zwei Parteigänger des MSI und wurden mit der Leitung des Post- und des Verkehrsministeriums betraut. Bei der Europawahl vom 12. Juni 1994 erfuhr die Mitte-Rechts Koalition um Silvio Berlusconi eine eindrucksvolle Bestätigung seitens des italienischen Elektorates, die durchaus auch als Trotzreaktion auf die Entschließung des EP betrachtet werden kann.

### *Italia first?*

Welchen Weg würde die neue italienische Regierung in ihrer Europapolitik einschlagen? Würde sie den bisher verfolgten Weg der europäischen Integration konsequent weiterverfolgen, oder würde sie sich zugunsten einer klassischen Gleichgewichtspolitik davon abwenden? Die ersten Äußerungen, die aus Rom zu vernehmen waren, deuteten in die Richtung einer partiellen Revision der bisherigen Europapolitik. Mirko Tremaglia (AN), seines Zeichens neugewählter Präsident des Außenpolitischen Ausschusses des römischen Parlaments, verlangte lautstark die Rückgabe von Triest an Italien, was in den italienischen Medien jedoch eher als eine „folkloristischen Einlage“ betrachtet wurde, denn als offizielle Position der italienischen Regierung. Ernstzunehmender waren da die Äußerungen des neuen italienischen Außenministers Antonio Martino, dem Sohn des Mitunterzeichners der Römischen Verträge von 1957, Gaetano Martino. Der in England und den USA ausgebildete Volkswirt galt bereits bei Amtsantritt als ein überzeugter Anhänger des Thatcherismus, sowohl auf ökonomischem wie auch auf politischem Gebiet. In einem Interview mit der Times, das am 21. Mai 1995 veröffentlicht wurde, äußerte Martino einige Vorbehalte gegen den Vertrag von Maastricht. Bereiche wie die Sozialcharta bezeichnete er darin als potentiell gefährlich und kündigte vollmundig eine Änderung der italienischen Strategie gegenüber Europa an. Ziel solle es sein, den nationalen Interessen Italiens mehr Geltung innerhalb der Union zu verschaffen. „Wenn ich von Kontinuität in der europäischen Politik rede, dann meine ich, daß die absoluten Ziele weiterhin Bestand haben werden. Wenn ich sage, daß es eine Veränderung geben könnte, dann meine ich die Strategie, die zur Verfolgung dieser Ziele eingesetzt werden kann“<sup>3</sup>. Ziel könne nicht ein europäischer Bundesstaat sein, vielmehr müsse Europa eine Idee bleiben. Die Nationalstaaten sollten ihre Probleme erst einmal selber lösen. Damit erteilte Martino den Anhängern der supranationalen Europa-idee in Italien eine eindeutige Absage. Diese Übereinstimmung mit den Grundtendenzen der britischen Europapolitik wurde auch eindrucksvoll zwischen Martino und seinem Amtskollegen Hurd anlässlich der italienisch-britischen Regierungsgespräche in Rom bestätigt. Daraufhin wurde in der italienischen Presse die Spekulationen über eine britisch-italienische Achse als Gegengewicht zur deutsch-französischen Achse aufgenommen. Ziel italienischer Europapolitik

müsse sein, „mehr in Europa zu zählen“<sup>4</sup>. In diesen Tenor stimmte auch der Premier ein.

Diese hier deutlich gewordene Skepsis gegenüber der europäischen Entwicklung findet sich auch bei den übrigen Parteien Italiens wieder. In einer Umfrage, die kurz vor den Wahlen vom März durchgeführt wurde, äußerten sich alle Parteien skeptisch hinsichtlich weiterer Schritte in Richtung Supranationalität<sup>5</sup>. Selbst die traditionellen Integrationsbefürworter, wie die aus der Democrazia Cristiana hervorgegangene Partito Popolare Italiano oder die Sozialdemokraten, mahnten nun mehr Kontrolle gegenüber der Brüsseler Bürokratie sowie die Rückführung von Entscheidungskompetenzen an die nationalen Regierungen an. Die Ära, in welcher in der zunehmenden Integration Italiens in die Strukturen der Europäischen Union ein probates Mittel gesehen wurde, um im Inneren gegenüber den Kommunisten mehr Handlungsfreiheit zu erlangen, geht wahrscheinlich, ausgelöst durch das Wahlergebnis vom März 1993, unwiderruflich zu Ende.

#### *Streit um die Milchförderquoten*

Eine erste Kostprobe des gewachsenen nationalen Selbstbewußtseins der italienischen Regierung gegenüber der EU gab wenige Tage vor der Wahl noch die Ciampi-Regierung im März 1994. Sie kündigte an, den Finanzrahmenbeschluß der Gemeinschaft von 1992 nicht zu ratifizieren und legte ihr Veto gegen den Rahmenbeschluß des Jahres 1995–96 ein, wenn die Union der italienischen Republik in der Frage der Strafüberweisungen – als Folge überhöhter Milchproduktion seit 1989 – nicht entgegenkommen würde. Es handelte sich hierbei um das erste Veto, das eine italienische Regierung seit der Unterzeichnung der Römischen Verträge einlegte. Bei diesem Streit ging es darum, daß die italienischen Bauern die seit 1989 im Gemeinschaftsrahmen festgelegten Milchherzeugungsquoten um jährlich bis zu einer Million Tonnen überschritten. 1992 deckte der Europäische Rechnungshof diesen Verstoß auf und forderte den italienischen Staat zur Zahlung von zunächst zehn Milliarden Mark in die Kasse der Gemeinschaft auf. Die Regierung Ciampi weigerte sich jedoch dieser Aufforderung nachzukommen und verteidigte die Überschußproduktion damit, daß bei der Ausrechnung der Quoten für Italien ein statistischer Fehler unterlaufen sei<sup>6</sup>. Um die italienische Regierung von ihrem Veto abzubringen, schlug der Kommissionspräsident Jacques Delors dem Rat der Union eine rückwirkende Aufstockung der Förderquote ab 1989 vor, was von den übrigen Agrarministern der Gemeinschaft jedoch einstimmig abgelehnt wurde. Großbritannien erhob sogar Klage vor dem EuGH. Im Juli 1994 ventilierte Delors erneut einen Vorschlag, der diesmal beiden Seiten entgegenkommen sollte. Darin war vorgesehen, daß Rom für die Jahre 1989 bis 1990 eine Strafüberweisung in Höhe von fünf Milliarden DM in die Kasse der EU leisten sollte. Als Gegenleistung dafür blieben die Jahre 1991–1993, in denen die italienischen Bauern ebenfalls zuviel

Milch produzierten, straffrei. Dieser Kompromiß hätte es der Brüsseler Behörde auch ermöglicht, mit dem von Rom gezahlten Betrag den EU-Haushalt 1995 auch für den Fall abzudecken, daß die Ratifizierung des Finanzrahmenplans für 1992 durch das italienische Parlament erneut ausbleiben sollte. Die neugewählte Berlusconi-Regierung blieb auf der Linie der Ciampi-Administration und verweigerte die Zahlung der Gelder mit dem Verweis, daß man für die Untaten des alten Regimes nicht verantwortlich gemacht werden könne. Um die Italiener zur Raison zu rufen, drohte das Europäische Parlament der Berlusconi-Regierung an, ihr Fördermittel in Höhe von ca. 1,3 Mrd. Mark zu sperren. Schließlich fand der Konflikt zwischen Italien und der Union eine Lösung, die vorsah, die Entscheidung über die Rechnungsabschlüsse der Jahre 1989 und 1990 als nichtig zu erachten und der italienische Argumentation dahingehend zuzustimmen, daß die Berechnungsgrundlage für die Milchquoten im Jahre 1989 für Italien falsch war. Die Klagen, die gegen Italien am EuGH anhängig waren, sollten zurückgezogen werden, und die italienischen Milchquoten wurden für die Jahre 1989 bis 1993 erhöht<sup>7</sup>. Somit konnte Italien seine Position auf ganzer Linie durchsetzen, und die Berlusconi-Regierung zog ihr Veto gegen den Finanzplan 1995 zurück.

#### *Die neue Kommission*

Der Wille der neuen italienische Regierung ein stärkeres Profil innerhalb der Union zu zeigen, war auch bei der Neubesetzung der Kommission festzustellen. In Gesprächen mit der britischen Regierung im April 1994 wurde die Marschroute ausgegeben, einen Nachfolger für den scheidenden Kommissionspräsidenten Delors zu finden, der weder im zentralistischen noch bürokratischen Denken verhaftet ist. Gleichzeitig stimmten beide Regierungen in ihrer Auffassung überein, Bonn und Paris bei der Auswahl des Kandidaten keinesfalls wieder den Vortritt zu überlassen. Doch auf dem EU Gipfel auf Korfu vermied es der neue italienische Regierungschef, für den dieses Treffen der erste Auftritt im Rahmen der EU war, sorgsam, seine Vorbehalte gegen den Kandidaten der Deutschen und Franzosen, den Belgier Jean-Luc Dehaene, offen auszusprechen und die Briten bei ihrem Veto gegen Dehaene zu unterstützen<sup>8</sup> bzw. den Niederländer Lubbers bei seiner Kandidatur um die Nachfolge Delors den Rücken zu stärken. Solange der britische Premier Major die Nachfolgefrage blockierte, sah sich der „cavaliere“ in der glücklichen Situation, sich nicht äußern zu müssen. Insider wissen zu berichten, daß sich der deutsche Bundeskanzler der italienischen Zurückhaltung auf Korfu bei seinem Besuch in Rom am 16. Juni 1994<sup>9</sup> dadurch versicherte, indem er dem italienischen Premier als Ausgleich für dessen stillschweigende Unterstützung auf Korfu eine Aufnahme von „Forza Italia“ in die Fraktion der EVP im EP zusagte.

Nachdem sich in der Folgezeit alle Mitgliedstaaten auf den neuen Kommissionspräsidenten Jacques Santer geeinigt hatten, fühlte sich Silvio Berlusconi erneut dazu aufgefordert, das gewachsene italienische Selbstbewußtsein, das für

seine Amtszeit prägend sein sollte, zu artikulieren. Vom künftigen Kommissionspräsidenten Santer verlangte er vorab die Zusage, daß noch zu bildende Ressort Wirtschaft und Finanzen an ein italienisches Kommissionsmitglied zu vergeben. Erst wenn Santer diese Zusage mache, würde die italienische Regierung ihre Kommissare benennen. Diese Vorgehensweise widersprach der üblichen Nominierungspraxis, wonach die Verteilung der Ressorts in der ersten Kommissions-sitzung vorgenommen wird. Dementsprechend war Santer auch nicht gewillt, eine solche Zusage zu machen, ließ jedoch durchblicken, daß er bereit sei, den Italienern „ein Wirtschaftsressort zuzugestehen“<sup>10</sup>. Die Nominierung der beiden Kommissare brachte die Mitte-Rechts Koalition in Rom an den Rande einer Regierungskrise. Unstrittig war die Benennung des auch im Ausland hoch angesehenen Wirtschaftsfachmanns Mario Monti. Bei der Aufstellung der zweiten Person hingegen beharrte die Lega Nord mit ihrem exzentrischen Führer Umberto Bossi darauf, eine Persönlichkeit nach Brüssel zu entsenden, die in der Lage ist, die regionalistischen Bestrebungen der Lega angemessen zu vertreten. Die von ihr vorgeschlagenen Kandidaten, Europaminister Comino und Reformminister Speroni fanden aber im Rat der Union der italienischen Republik nicht die dafür vorgesehene Mehrheit. Auch der von der Alleanza Nazionale favorisierte ehemalige Christdemokrat Romano Prodi konnte nicht genügend Stimmen auf sich vereinigen. Nach zähen Verhandlungen einigte man sich darauf, die dem radikalen Flügel angehörende Emma Bonino für den zweiten Kommissarsessel in Brüssel zu nominieren. Bei der Verteilung der Ressorts in der neuen Kommission wurde Monti mit dem Ressort Binnenmarkt und Bonino mit dem Bereich Verbraucherschutz betraut.

#### *Europa der zwei Geschwindigkeiten*

Das sogenannte Schäuble/Lamers-Papier<sup>11</sup>, das in seiner Essenz vorsah, die europäische Einigung durch eine Kerngruppe, bestehend aus Deutschland, Frankreich und den Beneluxstaaten voranzutreiben, stieß bei der „classe politique“ am Tiber, über alle Parteigrenzen hinweg, auf heftigsten Widerstand. Daß einer der Gründerstaaten der EWG aus dem innersten Kern der Integration in die zweite Liga verwiesen werden sollte, wurde der deutschen Überheblichkeit, der germanischen Arroganz oder schlicht dem teutonischen Machtwahn angelastet. Premier Berlusconi sowie sein Außenminister Martino waren bemüht, den europäischen Partnern deutlich zu machen, daß eine Deklassierung Italiens und anderer Staaten die fortschreitende Integration Europas eher verhindern als fördern würde. In der italienischen Öffentlichkeit wurde sogleich das Gespenst eines durch die Bundesbank beherrschten Europas gemalt<sup>12</sup>. Dabei waren es gerade die Italiener, die 1993 selbst den Vorschlag unterbreiteten, Fortschritte in der europäischen Integration, z. B. auf dem Gebiet der gemeinsamen Währung unter einer vorerst begrenzten Anzahl von Mitgliedstaaten, zu vollziehen, wobei Italien natürlich zu diesem Kern gehört hätte. Der Europaminister in der italienischen Regierung,

Livio Caputo, bezeichnete die Tatsache, in die zweite Liga der europäischen Staaten verwiesen worden zu sein, als nicht akzeptabel und strich die britisch-italienische Übereinstimmung in dieser Frage heraus<sup>13</sup>. Das Schäuble/Lamers-Papier, das von großen Teilen der italienischen Politik in seiner Intention „gar nicht verstanden“<sup>14</sup> wurde, stieß deshalb auf solch vehemente Kritik, weil es Italien nicht in den Kern kooptierte. Obgleich es in seiner Grundidee eines Europas der mehreren Geschwindigkeiten dem alten italienischen Vorschlag entsprach. Einige wenige Politiker, unter ihnen der EU-Kommissar Mario Monti, bezeichneten das Schäuble/Lamers-Konzept als gangbaren Weg. Männer aus der Wirtschaft, wie der Fiat-Vorstandschef Romiti, billigten hingegen den Ausschluß Italiens aus dem gezeichneten Kerneuropa, da Italien sich bereits in der zweiten Liga befände. Doch diese Stimmen können nicht als repräsentativ für die Meinungen innerhalb der italienischen Regierung und Öffentlichkeit betrachtet werden. Hier herrschte nach wie vor eine große Enttäuschung darüber, daß einer der Gründerstaaten der Gemeinschaft nicht mehr zum Kern jener Staaten gehören sollte, die an der Spitze der europäischen Integration stehen.

#### *Rückkehr in das Europäische Währungssystem?*

Im September 1992 beschloß die Banca d'Italia die Lira aus dem Wechselkursmechanismus des EWS auszuklinken, aufgrund der dramatischen Abwertung der Lira. Seitdem erlebt die Lira fortdauernde Kursstürze. Italien verlor damit einen der entscheidenden Anker seiner Wirtschaftspolitik. Waren die Fälligkeiten und Verpflichtungen der Wirtschafts- und Währungsunion noch als externer Antrieb zur Sanierung der italienischen Finanzen betrachtet worden, so sahen sich die italienischen Regierungen ab Ende 1993 mit der Tatsache konfrontiert, daß weder eine Rückkehr der Lira ins EWS noch ein Erreichen der Konvergenzkriterien für die 3. Phase der WWU 1997 für Italien auf absehbare Zeit zu erlangen sein würde. Zwar näherte sich Italien bei der Inflationsrate und den Zinssätzen den geforderten Maastrichter Kriterien stark an und es scheint, daß durch die ökonomischen Maßnahmen der Regierung Dini auch das staatliche Haushaltsdefizit bis 1998 weniger als 3% des BSP betragen wird. In der zentralen Frage der Staatsverschuldung wird es in Italien jedoch als eher unwahrscheinlich angesehen, dieses auf eine Marge von unter 60% des jährlichen BSP zu drücken. Aufgrund dieses Dilemmas in der italienischen Wirtschaftspolitik plädierte die Regierung Berlusconi dafür, bei der Einhaltung der verschiedenen Konvergenzkriterien unterschiedliche Maßstäbe anzuwenden.

Außenminister Martino war es, der am 23. November anläßlich eines Vortrages in Brüssel zum Thema „European Monetary Future“, eine Alternativkonzeption für die WWU lancierte. Darin sprach er sich in der Vorbereitungsphase auf die WWU gegen eine Fixierung der Wechselkurse und gegen die Aufstellung von Konvergenzkriterien aus. Feste Wechselkurse, so argumentierte Martino, würden Europa der Währungsunion nicht näher bringen, sondern es

davon entfernen. Konvergenz sei darüber hinaus auch keine notwendige Vorbedingung für eine Währungsunion, betonte Martino und verwies dabei auf die Stabilität der gemeinsamen Währung Luxemburgs und Belgiens. Zuletzt plädierte Martino auch für die Ausarbeitung einer Europäischen Währungsverfassung. Martinos Anregungen verfolgten das Ziel, Italien den Weg in die 3. Phase der WWU zu bereiten. In die gleiche Richtung ist auch der Vorstoß Berlusconi zu interpretieren, das Ressort Wirtschaft und Finanzen in der Kommission mit einem Italiener zu besetzen<sup>15</sup>. Martinos Vorschlag blieb jedoch ohne nennenswerte Resonanz. Doch bereits zwei Wochen später äußerte der Finanzminister der Berlusconi-Regierung, der heutige Premier Lamberto Dini, ernste Zweifel, ob die italienische Lira ins EWS zurückkehren könne, und ob Italien an der 1997 einsetzenden dritten Phase der WWU teilnehmen würde<sup>16</sup>. Bis heute ist eine Rückkehr der Lira ins EWS nicht in Sicht und trotz der Haushaltsmanöver der Regierung Dini geht kaum ein Politiker und Wirtschaftsexperte in Italien davon aus, daß die Apenninhalbinsel die im Maastrichter Vertrag vorgesehenen Konvergenzkriterien für die WWU auf absehbare Zeit erfüllen wird.

#### *Italien und Slowenien*

Im März 1995 wurden in Brüssel die Verhandlungen mit Slowenien über ein Assoziierungsabkommen mit der EU eröffnet. Entscheidend dafür war, daß sich das italienisch-slowenische Verhältnis unter der Regierung Dini, die im März 1994 als Interimsregierung die Amtsgeschäfte übernahm, verbessert hatte. Die Berlusconi-Regierung hatte den Slowenen stets damit gedroht, die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen durch ein Veto zu verzögern, wenn vorab keine Einigung zwischen Italien und Slowenien über die Rückgabe des 1945 enteigneten Besitzes zustande kommen würde. Der italienisch-slowenische Konflikt wurde noch durch Teile der AN geschürt, die unverhohlen eine Rückgabe der istrischen Gebiete an Italien forderten<sup>17</sup>. Unter der Regierung Dini vereinbarten die Außenminister Italiens und Sloweniens jedoch, den italienisch-slowenischen Konflikt von der Frage der Aufnahme der Assoziationsverhandlungen zu entkoppeln und die bilateralen Probleme in einer gemischten Kommission beider Länder zum Gegenstand der Beratungen zu machen.

Die italienischen Regierungen im Jahre 1994/95 waren sichtbar bestrebt, ihrer Europapolitik mehr Profil zu verleihen und die Verfolgung nationaler Interessen stärker und für die Öffentlichkeit sichtbarer als bisher in den Vordergrund ihrer operativen Politik zu stellen. Dabei spielte die Ausbalancierung der perzipierten deutsch-französischen Hegemonie durch eine Intensivierung der Kooperation mit Großbritannien eine herausragende Rolle. Doch die innere Schwäche Italiens, die sich u. a. in der Haushaltskrise und in der Instabilität der Regierung manifestierte, verhinderte eine aktive Europapolitik.

Gerade in der zweiten Hälfte 1996, wenn die Präsidentschaft in der EU an Italien übergeht sind jedoch Engagement und Ideenreichtum gefragt, um auf die

anstehenden Probleme der Union eine adäquate Antwort zu geben. Sicherlich wird einer der Schwerpunkte der italienischen Präsidentschaft im „afrikanischen Vorfeld Europas“<sup>18</sup> liegen. So wird in Rom bereits heute eine Stärkung der Südflanke der EU als probates Gegengewicht zur „Nordlastigkeit“ der Union gesehen. Voraussetzung für eine erfolgreiche italienische Präsidentschaft ist jedoch eine innenpolitische Konsolidierung des politischen Systems.

## Anmerkungen

- 1 Eine detaillierte Analyse des Wahlergebnisses findet sich bei: Pasquino, Gianfranco: Der unerwartete Machtwechsel. Die italienischen Wahlen vom März 1994 und ihre Folgen, in: Politische Vierteljahresschrift 3 (1994), S. 383–401.
- 2 Corriere della Sera v. 5. 6. 1994.
- 3 The Times v. 21. 5. 1994.
- 4 Vgl. Dastoli, Pier Virgilio: L'europa fra il magnete tedesco e il diluente britannico, in: Il Mulino 6 (1994), S. 19 (S. 5–21).
- 5 Vgl. Maastricht Watch 6 (1994).
- 6 Conflitto d'Interessi: Un caso esemplare, in: Il Mulino 6 (1994), S. 103 (S. 100–105).
- 7 Vgl. Bulletin der EG 10 (1994), S. 40–41.
- 8 La Repubblica v. 27. 6. 1994.
- 9 La Repubblica v. 17. 7. 1994.
- 10 International Herald Tribune v. 28. 10. 1994.
- 11 Pressedienst CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag (Hrsg.): Neuer Schwung für Europa, Bonn, v. 1. 7. 1994.
- 12 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 6. 10. 1994.
- 13 BBC WS Europe Today v. 8. 9. 1994.
- 14 So der ehemalige Botschafter Italiens in Moskau, Sergio Romano.
- 15 Agence Europe v. 26. 11. 1994, S. 1–1 b.
- 16 Il Giornal v. 4. 12. 1994.
- 17 Sema, Antonio: Questione istriana o istrianaische Angelegenheiten?, in: Limes 4 (1994), S. 248–249 (S. 245–254).
- 18 S. Schieder, Theodor: Einheit in der Vielfalt, in: König, Franz/Rahner, Karl (Hrsg.): Europa. Horizonte der Hoffnung, Graz u. a. 1983, S. 105.

## Weiterführende Literatur

- Bardi, R./Pasquino, G.: Euroministri. Il governo dell'Europa, Milano 1994.
- Chiti, Mario P.: Der Vertrag über die Europäische Union und sein Einfluß auf die italienische Verfassung, in: Der Staat 1 (1994), S. 1–23.
- Levi, Arrigo: La politica estera italiana e l'Europa, in: Affari Esteri 103 (1994), S. 443–452.
- Limes: Rivista italiana di geopolitica 4 (1994).
- Mondello, Mario: L'Italia e L'Europa, in: Affari Esteri 103 (1994), S. 473–477.
- Pröde, Patricia: Maastricht watch, in: The International Spectator 1 (1994), S. 141–153.
- Sisinni, Francesco: Il futuro d'Italia si chiama Europa, in: Rivista per gli Studi della Politica Internazionale 244 (1994), S. 566–570.